

EVP-Umfaller: Entwaldungsregeln in Brüssel im Stich gelassen!

Die EVP zieht Änderungen zur EU-Entwaldungsverordnung zurück, was zu Kontroversen über landwirtschaftliche Interessen führt. Diskussionen am 14. November.

Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich - Die EU steht vor einem bedeutsamen Wendepunkt in der Forstwirtschaftspolitik: Kurz vor der entscheidenden Abstimmung zur EU-Entwaldungsverordnung (EUDR) am 14. November hat die konservative Europäische Volkspartei (EVP) sechs ihrer 15 Änderungsanträge zurückgezogen. Dieses plötzliche Umkippen, das auf massiven internen Druck zurückzuführen ist, lässt viele Fragen zur Ernsthaftigkeit der EVP aufkommen, wie der freiheitliche Abgeordnete Mag. Roman Haider kritisiert, der die EVP heftig angreift. Er bezeichnet die Rückziehung der sogenannten „Kein-Risiko-Kategorie“ als Verrat an der Forstwirtschaft und als eine Täuschung, die nur dem eigenen politischen Theater diene, wie **APA-OTS** berichtet.

Diese umstrittene Kategorie hätte Staaten ohne Risiko der Entwaldung von den strengen Vorschriften der Verordnung ausgenommen. Das bedeutet, dass Länder, die sich bereits für nachhaltige Praktiken stark machen, unter dem Druck der EVP leiden könnten, wenngleich diese ursprünglich für den Vorschlag gestimmt hatte. Intern gibt es Bedenken, dass die EUDR ohne diese Kategorie an Strenge verlieren könnte, was die Gesetzgebung erheblich verzögern könnte, wie **Euractiv** anmerkt. Die EVP hat nicht nur ihre Unterstützung für die „No Risk“-Kategorie zurückgezogen, sondern auch die ursprünglich bewilligte einjährige Verlängerung der Anpassungsphase.

Inzwischen äußern Industriegiganten ihre Besorgnis über die anhaltenden Änderungen, da sie bereits Investitionen in die Einhaltung der bestehenden Vorschriften vorgenommen haben.

Die Verhandlungen in diesen letzten Stunden vor der Abstimmung könnten entscheidend sein für die zukünftige Gesetzgebung und den Schutz der Wälder. Während die EVP versucht, ihre Position zu festigen und Stimmen von den rechten Fraktionen zu mobilisieren, bleibt die Unsicherheit über das endgültige Ergebnis der Abstimmung bestehen. Kritiker argumentieren, dass eine „No Risk“-Kategorie, die eine Art von Diskriminierung darstellen könnte, die grundlegenden Prinzipien des Umweltschutzes untergräbt und langfristige Schäden für die globalen Lieferketten zur Folge haben könnte. Der Ausgang dieser Debatte wird von verschiedenen Interessengruppen gespannt beobachtet, und die kommenden Tage könnten entscheidende Auswirkungen auf die Forstwirtschaft in der EU haben.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich
Quellen	• www.ots.at • www.euractiv.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at